

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

47. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 13. November 1909.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergnügungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 132.

Die christlichen Gewerkschaften und die Finanzreform.

I.

Den Führern der christlichen Gewerkschaften ist zurzeit gar nicht wohl, und vor allem denen nicht, die als „Vertreter“ des deutschen Volks im Reichstage sitzen und dort als Parteipolitiker an dem großen „Werk“ der Finanzreform „mitgearbeitet“ haben. Die Finanzreform, ja, sie ist nicht nur im allgemeinen Leben, sondern auch in diesem speziellen Fall eine böse Sache.

Nach der in der Öffentlichkeit würdevoll vortragenen Auffassung der christlichen Gewerkschaftsführer ist die Finanzreform eine Sache, welche niemals den Gewerkschaftler als solchen, sondern nur den Politiker berührt. Namens der Neutralität der Gewerkschaften haben sich diese mit der Finanzreform und den sie begleitenden interessanten Umständen nicht zu befassen, vielmehr mögen die Gewerkschaftler ihre Meinung darüber in den Parteiveren zum besten geben. „Wär' der Gedanke nicht so verflucht geseit, man wär' versucht, ihn herzlich dumm zu nennen.“ So leichten Kaufs sollen aber die Herren nicht fortkommen. Um so weniger, als sie jetzt die ganze christliche Gewerkschaftspresse mobilisieren, nicht, um eine Finanzreform an sich, sondern um die Haltung einer bestimmten politischen Partei in der Frage der Finanzreform mit jedem Mittel zu verteidigen. Das läßt die „Neutralität“ zu! Auch der „Typograph“, das Organ einer kleinen Gruppe Gehilfen im Buchdruckgewerbe, hat eine Artikelserie begonnen, die den einzigen Zweck hat, die Zentrumsparthei über das Schellendaus zu loben, unbekümmert darum, wie die tatsächlichen Verhältnisse bei dieser Steuerreform liegen. Wir bedauern, im Interesse der deutschen Buchdruckergehilfen etwas Wasser in diesen parteipolitischen Wein der christlichen Gewerkschaftspresse gießen zu müssen. Beim „Typograph“ ist dessen Haltung ja nicht weiter verwunderlich. Wie das Kind auf den Christbaum, wartet er für seine Leser auf die „fetten Pfriinden“ in gewissen katholischen Druckereien, und da muß man „gefällig“ sein, denn eine Hand wäscht die andre. Was schert ihn da das Arbeiterinteresse? Reizen wir also nach bewährtem Rezept heraus!

Wir stehen nun auf dem Standpunkte, daß keine Neutralität der ganzen Welt uns hindern darf, bei einem solch wichtigen Vorgange, der uns sowohl als Arbeiter wie als Gewerkschaftler auf tiefste berührt, unsre Meinung dazu zu sagen. Zumal es uns nicht im entferntesten einfällt, diese Frage von einem bestimmten parteipolitischen Standpunkt aus in der Gewerkschaft aufzurollen und wir außerdem mit den meisten Mitgliedern in den freien Gewerkschaften über die Verteilung der Steuergesetzgebung an sich nicht konform gehen. Wir können eben nicht bloß verneinen.

Schon öfters haben wir darauf hingewiesen, daß wir auf dem Boden des historisch gewordenen Staatswesens stehen und von diesem Boden aus um- und fortbildend in der Gesellschaft wirken müssen, wenn wir eine folgerichtige Arbeit verrichten wollen. Auf den rein negierenden Standpunkt kann sich kein Arbeiter im gesellschaftlichen

wie im öffentlichen Leben stellen; er kann über bestehende Verhältnisse nicht hinwegspringen, sondern muß sie tatkräftig zu beeinflussen suchen, um so langsam, aber sicher, den Kulturkarren vom Flecke zu bringen. Würde von allem Anfang an die moderne Arbeiterschaft sich mehr mitten in das Getriebe hineingestellt und tätigen Anteil an der Entwicklung von Staat und Gesellschaft genommen und die entsprechenden Konzessionen gemacht haben, wären wir heute weiter. So aber wurde ungeheuer viel Kraft für eine reine Negationspolitik verbräucht, und das Verlorene ist schwer wieder hereinzuholen. Was war jahrzehntelang der Schluß sozialdemokratischer Redner bei der Budgetdebatte im Reichstage? „Diesem Systeme keinen Mann und keinen Groschen!“ Wo eine solche Politik hinführen muß, ist unsicher zu erraten: zur Ohnmacht und Einflußlosigkeit der Arbeiter in der Gesetzgebung trotz einer riesigen agitatorischen Aufmachung. Der Staat kann sich als historisches Ganzes nicht selbst verneinen und mit der „Eroberung der politischen Macht“ fängt man so langsam an, sich bis auf die Knochen zu blamieren. Deshalb stehen wir auch auf dem Standpunkte, daß dem heutigen Staate die Fortführung seiner Geschäfte möglichst gemacht werden muß, wo es notwendig ist, auch durch die Verbilligung der notwendigen Steuern. Da kann alles nichts helfen: entweder sucht man innerhalb des Staatswesens dieses auch für die besonderen Interessen der Arbeiter zu gewinnen durch eine allgemeine, auf diesen Zweck sich aufziehende Politik, oder man stellt sich mit den Konsequenzen des Erfurter Programms außerhalb dieses Staatskörpers, die dann in den Worten Bebels gipfeln müssen: „Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, so lange ich lebe und existiere, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben und sie, wenn ich kann, zu beseitigen.“ Wir wählen den ersteren, natürlicheren und vor allem logischen Standpunkt. Darüber sind unsre Leser wiederholt des eingehenden von uns informiert worden.

Da ist es nun selbstverständlich, daß wir auch in Fragen der Steuerpolitik — so ungern wir Steuern bezahlen — eine andre Auffassung haben als viele andre Arbeiter. Wir können dem Staate die Steuern nicht verweigern. Zu sagen, wir verweigern Steuern für Militär-, Marine- und Kolonialausgaben und bewilligen solche nur für bestimmte Kulturaufgaben, das wäre ja ein sehr billiger und nach außen fürchtbar prinzipieller Standpunkt, in Wirklichkeit aber ein unmöglicher und in seiner Wirkung reaktionärer.

Es ist müßig, zu untersuchen, wieviele Millionen jährlich im deutschen Staatshaushalt unnütz verpulvert werden; gegen die Tatsache können wir aber nicht aufkommen, daß die das Deutsche Reich umgebenden Konkurrenten auf dem Weltmarkte dieses auch in eine gewisse Abwehrtstellung drängen, und die vielen Milliarden Mark, die in unserm Außenhandel stecken, bedingen auch auf maritimem Gebiete Schutzmaßnahmen. Die Bevölkerungsvermehrung bei gleichzeitiger Einengung des für landwirtschaftliche Produkte verfügbaren Bodens zwingt auch ein vorausblickendes Deutschland, zum Zwecke der Ansprüche für eine künftige Ernährung des

Volks fremde „Futterplätze“ aufzusuchen, und seine Industrie muß Absatzgebiete haben, um Millionen von Arbeitern und deren Familien die physische Existenz zu ermöglichen. Ein Zurückdrängen Deutschlands auf dem Weltmarkte wäre bei den heutigen wirtschaftlichen Grundlagen der Länder mit heutiger Produktionsweise für unser Volk selbst ein Unglück. Nur wer sich eine Besserung der Verhältnisse von einem Zusammenbruch einer ganz zweifellos in der Kultur mit an der Spitze stehenden Nation verspricht, dem mag es als ein Urding erscheinen, daß der Prolet ein Interesse an der Fortführung der Geschäfte unsers staatlichen Gemeinwesens haben könne und dies auch noch durch die Bezahlung von Steuern zum Ausdruck bringt.

Mit diesem unsern Standpunkt ist nicht identisch die Art der Ausbringung der Steuern. Unser Reich hat fast keine direkten Steuern; es ist der Kostgänger der Bundesstaaten. Diese entrichten eine bestimmte Summe (Matrikularbeiträge) an das Reich, den Fehlbetrag bringen die Zölle, Überschüsse aus Reichsintittuten und die Reichsanleihen. Diese Matrikularbeiträge sind eine Art Kopfsteuer, wodurch ärmere Bundesstaaten unverhältnismäßig schwerer betroffen werden als reichere. Daraus erklärt sich auch, daß einkommensreiche Bundesstaaten sich mit ihren Beiträgen im Rückstand befinden (die Summe beträgt weit über 100 Millionen Mark). Die Reichsschulden sind auf über 5 Milliarden Mark angewachsen, welche einen jährlichen Zinsaufwand von etwa 170 Millionen Mark erheischen, steigend sind die Lasten für das Heer und die Marine und die Militärpensionen, der Reichshaushaltetat für 1909/10 beträgt allein über 2 1/2 Milliarden Mark. Und wie geschieht die Deckung dieser Summen? Mehr als 4 Milliarden Mark müssen jährlich vom Volke durch indirekte Steuern aufgebracht werden, während nur 1 1/2 Milliarden Mark durch direkte Steuern erhoben werden. Etwa 6 Milliarden jährlich stellen den Haushaltetat des Reichs und der einzelnen Bundesstaaten dar. Das alles noch dazu bei langandauernden Krisen, welche die Steuerkraft des Volks ganz wesentlich herabdrücken.

Unter diesem Gesichtswinkel muß man die neueste „Finanzreform“ — sie ist ja nicht die erste — betrachten. Wenn ein gemeinsames Vaterland alle umschließen soll; dann müssen auch alle gemeinsam an den Lasten des Vaterlandes teilnehmen. Dann müssen nach Maßgabe seiner Kraft und seiner Leistungsfähigkeit die Lasten verteilt werden. Es ist leider nicht wahr, was Schiller vor mehr als hundert Jahren in seinem „Wilhelm Tell“ schrieb: „Es wird jeder nach seinem Vermögen besteuert.“ Das geschieht eben nicht und deshalb die große Unzufriedenheit über die neueste Finanzreform. Nach seinem Vermögen jeden zu besteuern, das ist es, auf was es ankommt; dann würde auch mancher Mißmut, Groll und innerer Widerstand im Volke nicht so ungeheure Dimensionen annehmen können, wie es tatsächlich der Fall ist. „Die Schonung der schwächeren Schultern“ ist ja von jeher die stehende Phrase bei jeder neuen Steuerbelastung gewesen, aber immer mit dem Ausgange, daß eben diese „schwächeren Schultern“ ganz besonders herangezogen, dagegen die starken Schultern geschützt wurden. „Was an Staats-

